

Parteien zur Wahl

„Angenommen, Ihre Partei stellt nach der Wahl die Regierung oder ist an der Regierung beteiligt ...“ Unter diesem Motto haben CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke dreizehn Fragen beantwortet. Gefragt haben die Nachrichten aus der Chemie, das Physik Journal und der Verband Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland.

Nachrichten aus der Chemie: Welche Prioritäten setzen Sie in der Forschungsförderung, um die jetzige Krise zu bewältigen?

Bündnis 90 / Die Grünen: Unsere Schwerpunkte bei der öffentlich finanzierten Forschungsförderung sind die Bekämpfung des Klimawandels, der Umweltschutz, der Umgang mit der heterogener werdenden Gesellschaft und der demografische Wandel.

Wir wollen Menschen mit Migrationshintergrund und Frauen stärken: Von der frühkindlichen Bildung über die Schule bis zu Hochschule und Weiterbildung muss mehr gefördert und weniger aussortiert werden.

Außerdem setzen wir auf die Impulse aus dem europäischen Forschungsraum. Wir unterstützen Bottom-up-Ansätze, die durch europäische Kooperationen einen Mehrwert in der Forschung erzielen.

Die Linke: Die öffentliche Forschungsförderung muss den Strukturwandel der Wirtschaft für einen Wechsel zu einer solidarischen und ökologischen Ökonomie nutzen. Wenn wir in erneuerbare Energien und Effizienztechniken investieren, ist eine Entkopplung von Wachstum und Umweltverbrauch möglich.

Unser Schwerpunkt liegt auf regionalen Wirtschaftskreisläufen, öffentlicher Infrastruktur und gemeinnütziger Perspektive. Innovative kleine und mittlere Unternehmen

wollen wir unbürokratisch über die KfW-Bankengruppe, die Ausweitung des Hightech-Gründerfonds, das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand und durch Strategieberatung fördern. Die Vorfinanzierung einer Markteinführung ist dabei stärker als bisher zu berücksichtigen.

Der Open-Source-Ansatz unterstützt Innovationen, die fortschreitende Patentierungstiefe ist hingegen innovationsfeindlich und muss eingeschränkt werden.

FDP: Hier spielen der Ausbau des Wissens- und Technologietransfers, der Forschungsprämie und die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung eine besondere Rolle. Darüber hinaus sind Instrumente für Validierungsforschung zu entwickeln, die herausragende Forschungsergebnisse schnell identifizieren und auf ihre Verwendbarkeit prüfen.

SPD: Mit den Wissenschaftsprogrammen Exzellenzinitiative und Pakt für Forschung werden wir in den Jahren bis 2018 sicherstellen, dass exzellente Forschung an den Hochschulen sowie in außeruniversitären Forschungseinrichtungen gelingt. Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung sind dabei gleichermaßen zu fördern. Wir brauchen mehr Vernetzung zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen.



CDU: Wir werden die Hightech-Initiative fortführen und auf Märkte wie Gesundheit und Ernährung, Energie und Klima, Mobilität, Sicherheit sowie Information und Kommunikation ausrichten.

Wir werden die Forschungsförderung für den Mittelstand steigern und Wirtschaft, Forschungseinrichtungen und Hochschulen vernetzen helfen. Die Bemühungen der Wirtschaft um neue Produkte und Techniken flankieren wir mit steuerlicher Förderung.

Den Pakt für Forschung und Innovation, die Exzellenzinitiative und den Hochschulpakt werden wir konsequent umsetzen. Wo es sinnvoll ist, werden wir die Forschungspotenziale in der Grundlagenforschung bündeln.

Nachrichten: Wie und wann erreichen Sie eine Forschungsförderung in Höhe von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts?

Bündnis 90/Die Grünen: Wir wollen das Drei-Prozent-Ziel in der

nächsten Legislaturperiode erreichen.

Eine rein nominale Betrachtung der Forschungsförderung reicht allerdings nicht. Aufgrund der wirtschaftlichen Krise ist das Ziel im Jahr 2009 nominal zu erreichen – vorausgesetzt die privaten Investitionen in für Forschung und Entwicklung (F+E) brechen nicht ein. Die drei Prozent dauerhaft zu halten, erfordert aber verstärkte Anstrengungen und strukturelle Fortschritte. Zwar werden der Pakt für Forschung und Innovation sowie die Exzellenzinitiative weitergeführt, es fehlt aber an den Grundlagen vor allem im Hochschulbereich. Deshalb wollen wir 500 000 neue und besser finanzierte Studienplätze schaffen. Außerdem wollen wir die kleinen und mittleren Unternehmen durch eine steuerliche Forschungsförderung zu mehr F+E reizen.

Die Linke: Das Drei-Prozent-Ziel reduziert Forschungs- auf Wettbewerbspolitik und Innovationen auf das Ergebnis von Angebotspolitik. Unternehmerische F+E-Ausgaben lassen sich aber vor allem steigern, wenn die Nachfrage nach Innovationen steigt.

Hierfür notwendig sind die private Kaufkraft durch eine sozial gerechte Lohn- und Steuerpolitik,

◆ Der Verband der Chemischen Industrie zur Forschungsförderung

„Zwei Drittel aller OECD-Staaten betreiben steuerliche Forschungsförderung. Diese benötigt Deutschland ebenfalls, um im Innovationswettbewerb der Staaten mithalten zu können. Durch diese Art der Förderung steigen auch die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen der Wirtschaft. Nur so wäre das Ziel der EU zu erreichen, den Anteil dieser Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahr 2010 auf drei Prozent zu erhöhen.“

öffentliche Nachfrageprogramme und eine Vergabep Praxis, die sich an sozialen und ökologischen Innovationen beim Ausbau der baulichen, informationstechnischen, Verkehrs- oder Gesundheitsinfrastruktur orientiert. Schließlich brauchen wir ein innovationsfreundliches gesellschaftliches Klima, das nicht durch Standortdebatten, sondern durch öffentliche Diskussionen über Gebrauchswert und Innovationswirkungen entsteht.

FDP: Dieses Ziel erreicht die jetzige Bundesregierung in dieser Legislaturperiode nicht mehr.

Der Bruttoinlandsproduktanteil von Ausgaben für F+E der deutschen Wirtschaft stieg in den letzten Jahren. Dagegen sind staatliche Förderungen für F+E in den Unternehmen rückläufig und niedriger als bei den meisten OECD-Staaten. Insgesamt beträgt der Anteil des Staates an der F+E-Förderung seit Jahren etwa 0,7 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt.

Mit einer steuerlichen F+E-Förderung für alle in Deutschland forschenden Unternehmen will die FDP im Jahr 2010 einen Schritt zum Drei-Prozent-Ziel machen.

SPD: Das Drei-Prozent-Ziel könnte schneller erreicht sein, als wir gedacht haben: Aufgrund der Wirtschaftskrise könnte das Ziel dieses Jahr in greifbare Nähe rücken, da wir trotz sinkender Steuereinnahmen und sinkendem Bruttoinlandsprodukt die staatlichen Zuwendungen an die Forschungsorganisationen um drei Prozent gesteigert haben. Hinzu kommen Mittel aus dem Konjunkturpaket II für die Hochschulen und die Aufstockung der Mittel für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand um 900 Millionen Euro.

Entscheidend wird sein, dass die privaten Investitionen der Unternehmen in F+E nicht sinken. Nur wenn die öffentlichen und privaten Anstrengungen steigen, ist das Drei-Prozent-Ziel dauerhaft erfüllbar.

CDU: Staat und Wirtschaft sollen möglichst schnell gemeinsam min-

destens drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in F+E investieren. Die Bundesregierung hat die Forschungsförderung bereits gesteigert, sie liegt in diesem Jahr um ein Viertel höher als im Jahr 2005. Nun muss die Wirtschaft ihre Forschung ausbauen. Gemeinsam können wir das Drei-Prozent-Ziel bis zum Jahr 2015 erreichen.

Nachrichten: Wie wird Ihre steuerliche Förderung der Industrieforschung aussehen?

Bündnis 90/Die Grünen: Wir wollen F+E in kleinen und mittleren Unternehmen stärken. Für diese werden wir eine Steuergutschrift in Höhe von 15 Prozent der Ausgaben für F+E einführen. Davon profitieren insbesondere junge Unternehmen, die noch Verluste machen. So gelingt es, die Innovationsfähigkeit zu stärken.

Die Linke: Kleine und mittlere Unternehmen lassen sich am wirkungsvollsten durch bessere Kreditbedingungen öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute und gezielte Förderprogramme stärken. Eine pauschale steuerliche Förderung der F+E-Ausgaben lehnen wir ab. Der internationale Vergleich zeigt, dass europäische Länder ohne eine solche Förderung wie die Schweiz, Schweden und Finnland zu den innovationsfähigsten gehören, während etwa die Niederlande mit steuerlicher F+E-Förderung seit Jahren sinkende F+E-Anteile in der Wirtschaft beklagen.

FDP: Wir wollen mit einer Steuerreform eine unbürokratische steuerliche Forschungs- und Entwicklungsförderung einführen. Als Bemessungsgrundlage dienen dabei sämtliche F+E-Aufwendungen: für Personal, Sachmittel und Auftragsforschung. Um Doppelförderungen zu vermeiden, sind F+E-Zuwendungen des Bundes, bundesnaher Einrichtungen und der Länder vorweg zu berücksichtigen.

SPD: Schwerpunkt industrieller Forschungsförderung ist die Pro-



Für Bündnis
90/Die Grünen:
die Fraktions-
vorsitzende
Renate Künast.



Für Die Linke:
die Fraktions-
sprecherin für
Forschungs- und
Technologiepoli-
tik Petra Sitte.



Für die FDP:
der Generalsek-
retär der Bundes-
tagsfraktion
Dirk Niebel.



Für die SPD:
der Bundes-
geschäftsführer
Kajo Wasserhövel.



Für die CDU:
der CDU/CSU-Frak-
tionsvorsitzende
Volker Kauder.

jektförderung sowie die Förderung von Schlüsseltechnologien. Dies wollen wir fortsetzen und durch eine steuerliche Förderung in Form einer Steuergutschrift für kleine und mittlere Unternehmen ergänzen.

CDU: Wir wollen die Finanz- und Steuerpolitik insgesamt zum Innovationsmotor machen. Ein wichtiges Element ist dabei die steuerliche Förderung von Ausgaben für F+E. Zusammen mit der bestehenden Projektförderung ergibt sich dann ein geschlossenes und international wettbewerbsfähiges Innovationsfördersystem. Die steuerlichen Anreize können zum Beispiel in Form einer Steuergutschrift erfolgen.

Nachrichten: Welche Klimaziele verfolgen Sie und mit welchen Maßnahmen werden Sie diese erreichen?

Bündnis 90/Die Grünen: Wir wollen, dass Deutschland beim Klimaschutz vorangeht und seine Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 senkt. Bis zum Jahr 2050 sind die Emissionen um mindestens 80 Prozent zu reduzieren.

Wir werden klima- und umweltschädliche Subventionen abbauen

und das Steuersystem ökologisch umgestalten. So wollen wir spritsparende und klimafreundliche Autos bei der Kfz-Steuer entlasten, Elektromobile fördern und das Dienstwagenprivileg für Firmenlimousinen abschaffen.

Mit einem Energiesparfonds und verbesserten Programmen zur Gebäudesanierung unterstützen wir Haushalte und Betriebe beim Energiesparen. Durch den Ausbau der erneuerbaren Energien, strenge Effizienzvorgaben, eine bessere Energiekennzeichnung und eine ökologische öffentliche Beschaffung fördern wir wirtschaftliche Innovation und nachhaltige Produkte.

Mit unseren Maßnahmen zum Klimaschutz wollen wir Klima- und Wirtschaftskrise gemeinsam lösen.

Die Linke: Der Klimagasausstoß in Deutschland muss bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 halbiert und bis zum Jahr 2050 um mindestens 90 Prozent gesenkt werden. Dafür sind erneuerbare Energien auszubauen und eine Energieeffizienz-Offensive zu starten: strengere Standards für den Energieverbrauch, Top-Runner-Programme für Elektrogeräte und ein Energiesparfonds mit Förderprogrammen für einkommensschwache Haushalte.

Damit Stromnetze für einen schnell wachsenden Anteil erneuerbarer Energien umgebaut werden können, gehören sie in die öffentliche Hand. Umweltgerechte Mobilität für alle bedarf zudem eines massiven Ausbaus des öffentlichen Verkehrs.

FDP: Wir begrüßen den Beschluss des Europäischen Rates, bis

◆ **Die Gesellschaft Deutscher Chemiker zur Nachhaltigkeit**

Matthias Beller, Rostock, Vorsitzender der Fachgruppe Nachhaltige Chemie: „Chemiker verstehen unter nachhaltiger Chemie die Anwendung verschiedener Methoden zur Durchführung chemischer Reaktionen ohne Belastung zukünftiger Generationen. Es geht bei der nachhaltigen Chemie darum, Technologien zu nutzen und zu entwickeln, die mit weniger Rohmaterialien und Energie auskommen, die den Gebrauch erneuerbarer Ressourcen maximieren und den Einsatz von gefährlichen Chemikalien minimieren oder eliminieren.“

zum Jahr 2020 den Treibhausgasausstoß gegenüber dem Jahr 1990 um 20 Prozent zu reduzieren. Wir brauchen einen Entwicklungspfad bis in das Jahr 2050 mit 60 bis 80 Prozent weniger CO₂-Ausstoß in den Industrieländern. Dabei wollen wir Treibhausgase so kostengünstig wie möglich vermeiden. Wir fordern von der EU, sich für Klimaschutzziele im Rahmen eines Post-Kyoto-Abkommens einzusetzen.

Vorrangiges Ziel ist ein globaler Kohlenstoffmarkt. Daneben müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten einen Technologiefonds, einen Anpassungsfonds und Aufforstungsprojekte finanzieren. Zudem gehören Deichbau, Küsten- und Hochwasserschutz als Anpassungsmaßnahmen an unvermeidbare klimatische Änderungen auf die Prioritätenliste europäischer Klimapolitik.

SPD: Wir werden die CO₂-Emissionen in Industriestaaten bis zum Jahr 2050 gegenüber 1990 um 80 bis 95 Prozent reduzieren. Dazu müssen wir jetzt die Kohle- und Gaskraftwerke modernisieren. Der Anteil der erneuerbarer Energien an der Energieversorgung wird über das Jahr 2030 hinaus steigen und der bereits geltende Vorrang der Einspeisung ins Netz erhalten bleiben.

CDU: Wir setzen uns für ein verbindliches Klimaschutzabkommen ein. Neben den europäischen Klimaschutzziele planen wir für Deutschland: Bis zum Jahr 2020 soll der CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent sinken. Den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung wollen wir auf 30 Prozent erhöhen. Die Energieeffizienz soll sich im Vergleich zu 1990 verdoppeln.

Die Förderung erneuerbarer Energien, ein Energiemix sowie Anreize für mehr Energieeffizienz und Energiesparen sind unser Weg zum Klimaschutz.

Nachrichten: Was sind Ihre Ziele und Prioritäten in der Energieforschung?

Bündnis 90/Die Grünen: Unsere Leitlinie bei der Aufteilung der Forschungsmittel für den Energiebereich ist: Erneuerbare Energien lösen im Verbund mit Energieeinsparung die Atomenergie sowie fossile Energieträger Schritt für Schritt ab. Forschungsschwerpunkte sind dabei Energieeffizienz und -einsparung, erneuerbare Energien, Elektromobilität, Nachhaltigkeit der Energieerzeugung sowie Speichersysteme für Wärme und Strom.

Die Linke: Öffentliche Förderung wollen wir auf effiziente und erneuerbare Energien begrenzen und dabei die Kraft-Wärme-Kopplung und den Ausbau der Fernwärme fördern.

Wir unterstützen die Nutzung der Sonnenstrahlung, der Windkraft und insbesondere der Geothermie. Dazu gehören leistungsfähige Energiespeicherung und dezentrale Netzeinspeisung.

Ein Schwerpunkt sollte Forschung an Energiepflanzen für Biogas, nicht aber für Biokraftstoffe

sein. Bioenergieforschung ist mit Regionalkonzepten zu verzahnen. Eine energieeffiziente Mobilität ist Voraussetzung für eine Verkehrswende.

FDP: Alle Energietechnologien, welche die Umwelt- und Klimabelastung verringern, sind uneingeschränkt zu fördern. Optionen offen zu halten, ermöglicht dabei, jederzeit auf geänderte Bedingungen zu reagieren.

Die Forschung für erneuerbare Energien, die Energiespeicherung und intelligente Stromnetze sind ebenso zu stärken wie die für Infrastrukturen, um erneuerbare Energien direkt zu nutzen, beispielsweise in Elektromobilen.

Weiterhin sind die Forschungen zur Kernfusion voranzutreiben. Die kerntechnische Sicherheits- und Endlagerforschung ist auf hohem Niveau weiterzuführen und die Einbindung deutscher Forschergruppen in die internationale Kernenergieforschung zu ermöglichen. Deutsche Wissenschaftler müssen an allen Projekten der EU-Forschungsrahmenprogramme und der europäischen Atomgemeinschaft teilnehmen können.

Die Initiative Energieforschung 2020 soll die Hochschulforschung und die Innovationsallianzen zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft stärken sowie den Nachwuchs gewinnen und fördern und die Ingenieurausbildung unterstützen.

Die politische Verantwortung für Energieforschung muss in einer Hand liegen. Nur so lassen sich gleichzeitig institutionelle Forschung finanzieren und Rahmenbedingungen für die Forschungsanstrengungen der Wirtschaft schaffen.

SPD: Im sechsten Energieforschungsprogramm setzen wir auf Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Speichertechniken. Wir legen einen Nationalen Aktionsplan Erneuerbare Energien vor, der erneuerbare Energien in der Strom-

Gute Arbeit – Gutes Leben

Manifest für eine gerechte Arbeitswelt

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

versorgung, für Wärme und Transport unterstützt.

Wir werden die Technologieführerschaft bei der Nutzung der Windenergie auch auf dem Meer nutzen. Hierfür streben wir bis zum Jahr 2013 eine installierte Leistung von etwa 1500 bis 2000 Megawatt an.

Bei der Photovoltaik wollen wir bis Ende des Jahres 2013 annähernd die Netzparität erreichen: Strom aus einer neuen Anlage in Deutschland wird dann so viel Geld kosten wie Strom aus herkömmlichen Anlagen.

Bis zum Jahr 2010 schaffen wir Zertifizierungssysteme, die den nachhaltigen Pflanzenanbau zur Bioenergieerzeugung sichern.

CDU: Wir wollen eine technikkoffene Energieforschung. Deutschland soll Weltmarktführer bei klimaschonenden Energieträgern und Klimaschutztechnologien werden. Hierzu gehören saubere Gas- und Kohlekraftwerke, die Forschung an erneuerbaren Energien, Kerntechnik und Geothermie.

Bei der Kernforschung ist deutsche Sicherheitskompetenz für kerntechnische Anlagen weltweit wichtig.

Bei der Forschung an regenerativen Energien müssen Speichertechniken ein Schwerpunkt sein.

Nachrichten: Welche Rolle soll die Kernenergie spielen?

Bündnis 90/Die Grünen: Atomenergie ist keine Option für eine nachhaltige Energieversorgung. Deshalb ist der Atomausstieg nach wie vor richtig. Angesichts veralteter Atommeiler und wachsender Terrorgefahren gilt es, den Atomausstieg zu forcieren, etwa indem besonders unsichere Atomkraftwerke früher vom Netz genommen werden. Eine Laufzeitverlängerung behindert nur den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien.

Die Linke: Wir setzen uns für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomwirtschaft ein. Atomkraftwerke blockieren den Umbau des Energiesystems hin zu erneuerbaren



Energien mit meist dezentraler Energieerzeugung. Zukünftig werden als Ergänzung zu den erneuerbaren Energien leicht hoch und herunter fahrbare Kraftwerke wie Gaskraftwerke gebraucht – dafür sind Atomkraftwerke zu unflexibel.

FDP: Wir brauchen einen breiten Energiemix. Dazu zählt für längere Zeit die Kernkraft. Die Laufzeiten der Kernkraftwerke in Deutschland sind solange zu verlängern, bis erneuerbare Energien in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen oder eine CO₂-arme Kohleverstromung im großtechnischen Maßstab beginnt. Parallel dazu sind erneuerbare Energien und andere Klimaschutztechniken auszubauen.

SPD: Langfristig soll Kernenergie keine Rolle spielen, denn für die SPD bleibt es beim vereinbarten Atomausstieg.

Bei einer Laufzeitverlängerung der Atomkraft wären die Planungen zum Neubau fossiler Kraftwerke völlig zu revidieren, um das Ziel von 30 Prozent Anteil am Stromverbrauch durch erneuerbare Energien für das Jahr 2020 nicht zu gefährden. Auch das Ausbauziel der Kraft-Wärme-Kopplung von 25 Prozent Stromanteil bis zum Jahr 2020 wäre nicht erreichbar. Der Strukturwandel der

Stromversorgung in Richtung gesteigerter Stromeffizienz und erneuerbarer Energien wäre grundsätzlich in Frage gestellt.

Dass der Ausbau von erneuerbaren Energien im Widerspruch zu einem Festhalten an der Atomenergie steht, haben Stellungnahmen von Stromkonzernen bestätigt. Sie drohten bei einer Anhörung in Großbritannien damit, den Neubau von Atomkraftwerken aufzugeben, wenn die Regierung erneuerbare Energien ausbaue, da sich dann die Atomkraftwerke nicht mehr wirtschaftlich betreiben ließen.

CDU: Wir verstehen die Kernenergie mit ihrem Beitrag zur Stromversorgung als Brückentechnologie, weil heute klimafreundliche und kostengünstige Alternativen nicht ausreichend verfügbar sind. Daher streben wir eine Laufzeitverlängerung der sicheren deutschen Anlagen an. Einen Neubau von Kernkraftwerken lehnen wir ab. Der größte Teil des Gewinns aus der Laufzeitverlängerung soll die Forschung für Energieeffizienz und erneuerbare Energien fördern und die Strompreise senken.

Eine verantwortungsvolle Nutzung der Kernenergie enthält die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle. Die CDU verlangt die sofortige Aufhebung des Moratoriums zur Erkundung des Standorts Gorleben.

Nachrichten: Welche Art von Biotechnik werden Sie stoppen, dulden, fördern?

Bündnis 90/Die Grünen: Einzelne Produkte der weißen Biotechnik eignen sich als Lösungsansatz für gesellschaftliche Probleme. So können bio- oder gentechnisch hergestellte Enzyme in geschlossenen industriellen Anlagen Umwelt und Ressourcen schützen und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken. Die Agro-Gentechnik lehnen wir dagegen ab, da sie gentechnisch veränderte Organismen in die Natur freisetzt.

Die Stammzellforschung ist nur dann ein viel versprechender Weg,

wenn dafür weder Eizellen noch Embryonen verbraucht werden. Wir setzen wir uns für alternative Ansätze wie adulte Stammzellforschung ein. Dies ist nicht nur ethisch unbedenklich, sondern auch im Sinne einer Ethik des Heilens derzeit erfolgreicher als die embryonale Stammzellforschung mit tumorauslösenden Risiken.

Die Linke: Wir halten an der Forschung an embryonalen Stammzellen so lange fest, bis alternative Methoden der Gewinnung von pluripotenten Stammzellen gefunden sind. Während wir forschendes Klonen unterstützen, lehnen wir Klonen für kommerzielle Zwecke ab.

Bei der Vergabe von Lizenzen für Arzneimittel- oder Impfstoffe aus öffentlich geförderter Forschung drängen wir auf kostengünstige Lizenzen für Entwicklungsländer.

Die Agro-Gentechnik lehnen wir ab und fordern für transgene Pflanzen eine öffentliche, konzernunabhängige Begleitforschung. Für nanotechnisch hergestellte Lebensmittel braucht es ein Moratorium, solange Gesundheitsrisiken nicht ausgeschlossen sind.

FDP: Die FDP tritt für Freiheit in der Forschung ein und verurteilt jeden Versuch ideologisch motivierter Einflussnahme. Wir sehen in Forschung, Entwicklung und Anwendung der Biotechnik eine Chance für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland.

Ein wichtiger Ansatz ist die Forschung an humanen embryonalen Stammzellen. Wir fordern dafür die Streichung des Stichtags im Stammzellimportgesetz. Die Forschung an fetalen und adulten Stammzellen, Stammzellen aus Nabelschnurblut und eingeschränkt auch an embryonalen Stammzellen ist unter Auflagen zu intensivieren.

SPD: Wo die moderne Biotechnik Chancen für Mensch und Umwelt bietet, wollen wir sie fördern und nicht nur dulden. So setzt die SPD auf einen Ausbau der För-

derung der adulten Stammzellforschung. Hierzu zählen neben der Forschung zu induzierten, pluripotenten Stammzellen etwa Arbeiten mit Nabelschnurblutstammzellen.

Der kommerziellen Anwendung der Agro-Gentechnik stehen wir mehrheitlich kritisch gegenüber. So lange Bedenken beim Schutz von Mensch, Natur und Umwelt bestehen, ist diese Technik im Sinne des Vorsorgeprinzips zu begrenzen.

Stärker fördern wollen wir die weiße und graue Biotechnik. Deren Chancen sind der Öffentlichkeit noch zu wenig bekannt.

CDU: Wir wollen die Chancen der Biotechnik in Medizin, Landwirtschaft und Energieerzeugung nutzen. Verbrauchende Embryonenforschung und das Klonen von Menschen lehnen wir ab. Beim Einsatz der grünen Gentechnik müssen Sicherheit und Unbedenklichkeit für Mensch und Umwelt gewährleistet sein. Deshalb brauchen wir Sicherheitsforschung.

Nachrichten: Welche Rolle soll der Bund künftig für die Hochschulen spielen?

Bündnis 90/Die Grünen: Das weitgehende Kooperationsverbot für den Bund in Bildung und Wissenschaft muss aufgehoben werden. Der Bund muss die Möglichkeit erhalten, sich mit Zustimmung der Länder im Bildungsbereich von der frühkindlichen Bildung bis zu den Hochschulen finanziell zu beteiligen. Bundeshilfen in Bildung und Wissenschaft dürfen nicht auf die Bereiche mit Gesetzgebungskompetenz des Bundes beschränkt sein.

Die Linke: Wir halten die Gemeinschaftsaufgabe Bildung von Bund und Ländern für unumgänglich. Bei öffentlichen Ausgaben für Bildung liegt unser Ziel beim OECD-Durchschnitt von sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Bundesweit stünden damit 70 Milliarden mehr zur Verfügung und

**Für heute.
Für morgen.
Für alle.**

Reform+
mit Langzeitwirkung.

**Die liberale
Gesundheitsreform.**

Bekämpft die Ursachen, nicht nur die Symptome.

FDP
Die Liberalen

würden ein gebührenfreies Studieren für alle ermöglichen.

Ein bundesweites Hochschulzulassungsgesetz soll den Hochschulzugang ohne Auswahlverfahren durch Hochschulen und Studieren für Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung regeln. Statt Sonderprogramme wie die Exzellenzinitiative sollte der Bund zusammen mit den Ländern höhere Grundmittel für Lehre und Forschung an den Hochschulen finanzieren.

FDP: Der Bund bringt sich derzeit im Rahmen von Wissenschafts- und Forschungsprogrammen zugunsten von Hochschulen ein. Im Zuge der von uns beabsichtigten Steigerung der Investitionen in Bildung und Forschung auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts wird sich dieses Engagement verstärken. Wir lehnen eine Reglementierung der Hochschulen über Bundes- oder Landesgesetzgebung ab. Vielmehr beabsichtigen wir, die Hochschulautonomie zu stärken und staatliche Interventionen zu beschränken.

SPD: Für die SPD ist die Kooperation von Bund und Ländern im



Hochschulbereich unbedingt notwendig.

Die Kompetenzen des Bundes bei Zulassungen und Abschlüssen sind so zu nutzen, dass vor allem die Studierenden davon profitieren. Deshalb werden wir das Chaos bei der Hochschulzulassung beenden und sie bundeseinheitlich regeln.

Wir wollen die Zusammenarbeit in der Bildung ausweiten. Wir wollen im Grundgesetz die Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine Kooperation Bund, Ländern und Kommunen möglich ist.

CDU: Hochschulpolitik bleibt vorwiegend Ländersache. Doch gerade hier gilt: Bund und Länder müssen enger zusammenarbeiten, um den Studierenden die besten Qualifizierungs- und Bildungschancen zu geben und die Wissenschaft in Deutschland voranzubringen. Beispiele dafür sind der Hochschulpakt und die Exzellenzinitiative. Wir werden beide fortführen. Das erhöht die Qualität des Studienstandorts Deutschland und die internationale Sichtbarkeit und Attraktivität des deutschen Hochschulwesens.

Nachrichten: Welche Möglichkeiten haben Sie, deutsche Hochschulen für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen attraktiver zu machen?

Bündnis 90/Die Grünen: Wir fordern mehr Verbindlichkeit und Überprüfbarkeit bei der Durchsetzung gleichstellungspolitischer Ziele. Bundesgelder für Forschung und wissenschaftliche Einrichtungen sind an Zielvorgaben zu knüpfen. Denn die Unterrepräsentanz von Frauen in der Wissenschaft ist auch ein Qualitätsproblem.

Wir wollen einen Anteil von mindestens 40 Prozent jedes Geschlechts auf allen Ebenen und in allen Fachbereichen. Auf dem Weg dahin bietet sich das Kaskadenmodell an: Auf der jeweils nächst höheren Qualifikationsstufe muss ein ebenso hoher Frauenanteil wie auf der vorangehenden herrschen. Konkrete Vorgaben gehören sowohl in Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen den Ländern und den Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen als auch in die forschungsbezogene Mittelvergabe. Den Steigerungsprozess müssen Evaluation, Erfolgskontrolle und schnelle Reaktion bei nicht erreichten Zielen begleiten.

Wir halten das Wissenschaftszeitvertragsgesetz für Nachwuchskräfte nicht für ausreichend. Wir streben die Abschaffung der Verbeamtung von Professorinnen und Professoren an und setzen uns für ein Arbeitsrecht für die Wissenschaft ein, das unbefristete Arbeitsverhältnisse mit wissenschaftsspezifischem Kündigungsschutz ermöglicht. Wir wollen durch größere Autonomie der Wissenschaftseinrichtungen bei der Einwerbung von Personal und bei der Mittelvergabe ihre Attraktivität für herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stärken.

Die Linke: Um Hochschulen Planungssicherheit zu geben, muss der Hochschulpakt II sofort auf finanziell sichere Füße gestellt werden. Die Attraktivität der Hochschulen

erhöht sich, wenn die befristete Beschäftigung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zugunsten von mehr Dauerstellen neben der Professur zurückgeht. Die Bezahlung und Absicherung von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern könnten wissenschaftsspezifische Regelungen in den Tarifverträgen für den öffentlichen Dienst verbessern.

FDP: Wir setzen uns für ein Wissenschaftsfreiheitsgesetz ein, das die Leistungsfähigkeit, Flexibilität und internationale Wahrnehmbarkeit des deutschen Wissenschaftssystems erhöht. Dafür ist die Eigenverantwortung der Wissenschaftler, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftseinrichtungen hervorzuheben und ihr Entscheidungsspielraum auszuweiten. Bund und Länder müssen gemeinsam das Wissenschaftssystem stärken.

Wir müssen das rechtliche Korsett aufschnüren, das die Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses einengt. Die rechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland müssen attraktiv, forschungsfreundlich und international konkurrenzfähig sein.

Die FDP setzt sich für die Einführung eines Wissenschaftstarifvertrags ein, der die Voraussetzungen für ein eigenständiges Tarif- und Vergütungssystem für den wissenschaftlichen Nachwuchs schafft. Um im globalen Konkurrenzkampf zu bestehen, müssen die Forschungseinrichtungen exzellenten Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen attraktivere Vergütungen bieten.

In Deutschland ausgebildete exzellente ausländische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen müssen unbürokratisch eine Aufenthalts- und Arbeiterlaubnis erhalten. Auch für deren Familien und Lebenspartner sind Chancen zu ermöglichen. Für Hochqualifizierte darf es keine ausländerrechtlichen Hürden geben.

Schließlich sind eine familienfördernde Infrastruktur an Hochschulen und außeruniversitären

Forschungseinrichtungen sowie familienunterstützende Arbeitsbedingungen auszubauen.

SPD: Wir wollen die Rahmenbedingungen für das deutsche Wissenschaftspersonal und für Forscherinnen und Forschern aus anderen Ländern attraktiver gestalten. Zudem wollen wir die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass ausländische Hochschulabsolventen und Nachwuchswissenschaftler nach dem Aufenthaltsrecht einen gesicherten Status bekommen, um hier zu arbeiten.

Es sind noch immer zu wenige Frauen in Führungspositionen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Wir wollen deshalb den Wissenschaftsbetrieb familienfreundlicher gestalten und so den Frauenanteil des wissenschaftlichen Personals bis zum Jahr 2020 auf 40 Prozent erhöhen. Dafür planen wir ein Professorinnen- und ein Investitionsprogramm für Kindertagesstätten und Krippen an den Hochschulen.

CDU: An erster Stelle steht die Fortführung der Exzellenzinitiative. Den Wissenschaftseinrichtungen verschaffen wir mit der Wissenschaftsfreiheitsinitiative mehr Freiraum.

Wo dies sinnvoll ist, strebt die CDU die Bündelung der Forschungspotenziale unter einem

Dach an, wie dies beim Karlsruher Institut für Technologie geschehen ist.

Da der Wettbewerb um die besten Köpfe weltweit ausgetragen wird, werden wir die Internationalisierung unserer Hochschulen vorantreiben. Zudem werden wir gezielt dem unterdurchschnittlichen Anteil von Frauen in wissenschaftlichen Berufen entgegenwirken.

Nachrichten: Mit welchen Maßnahmen wird der Bund die Studienbedingungen verbessern?

Bündnis 90/Die Grünen: Wir wollen einen Hochschulpakt, der in den kommenden fünf Jahren 500 000 zusätzliche Studienplätze mit 10 600 Euro pro Jahr, statt wie bisher mit 5500 oder 6500 Euro, finanziert. Dies entspricht dem Durchschnitt der Kosten in den OECD-Staaten. So wären die Betreuungsverhältnisse zu verbessern und die Abbruchquoten zu verringern.

Außerdem wollen wir statt Bafög eine Studienfinanzierung aus Studierendenzuschuss und Bedarfszuschuss, mit der Studierende bis zu 800 Euro erhalten können: Der Studierendenzuschuss von 200 Euro monatlich ist eine Sockelförderung für alle Studierenden, unabhängig vom Elterneinkommen. Der Bedarfszuschuss ist als Vollzuschuss mit 260 Euro monatlich geplant und ist – anders als das jetzige Bafög – nicht zurück zu zahlen.

Die Linke: Wir fordern, die Mittel des Hochschulpakts für zusätzliche Studienplätze zu erhöhen und an realen Studienplatzkosten zu orientieren. Um mittelfristig den Anteil von Studierenden in der Gesellschaft zu erhöhen, muss der Bund die Länder dabei unterstützen, höhere Grundmittel für die Hochschulen zu finanzieren. Damit sich alle ein Studium leisten können, fordern wir den schrittweisen Ausbau des Bafög zum elternunabhängigen Vollzuschuss.

FDP: Die FDP spricht sich dafür aus, die Finanzmittel für die Hoch-

schulen aufzustocken und langfristig finanzielle Planungssicherheit zu schaffen. Im Zusammenhang mit dem Hochschulpakt II fordern wir einen Kostenansatz (Pauschale: Platz pro Semester), der um mindestens 25 Prozent über dem derzeitigen Niveau liegt. Zudem fordern wir ein Gutscheinmodell für die Hochschulfinanzierung, das sich an der Nachfrage orientiert. Dies würde einen fairen Wettbewerb der Hochschulstandorte sowie eine Grundfinanzierung der Hochschullehre gewährleisten.

SPD: Wir wollen einen offenen Zugang zu den Hochschulen. Die SPD steht deshalb für ein gebührenfreies Studium bis zum Masterabschluss. Dort, wo Studiengebühren eingeführt sind, werden wir sie wieder abschaffen.

Wir wollen die Hochschulen für neue Personengruppen öffnen. Mehr Fachkräfte ohne Abitur sollen die Möglichkeit zu studieren haben.

Wir werden die Hochschulzulassung bundeseinheitlich regeln. Alle Hochschulen müssen sich an einem zentralen Serviceverfahren beteiligen, damit die Kapazitäten optimal ausgenutzt werden und Studierende nach ihren Neigungen studieren können. Wir wollen, dass es bessere Studienberatung gibt und die Hochschulen ausreichend ausgestattet sind, um den Studierenden dabei zu helfen, ihre Studienziele zu erreichen.

Wir werden das Bafög regelmäßig an die Lebenshaltungskosten anpassen. Es ist das zentrale Instrument, Chancengleichheit in der Bildung herzustellen. Wir werden die Altersgrenze beim Bafög nach oben setzen und es flexibler gestalten, so dass Teilzeitstudiengänge und weiterbildende Master-Studiengänge förderbar sind.

CDU: Mit dem Hochschulpakt schaffen wir 275 000 zusätzliche Studienplätze und verbessern die Studienbedingungen. Mehr Eigenverantwortung für die Hochschulen soll Forschung und Lehre in Deutschland attraktiver machen.



Wir wollen den Wettbewerb zwischen den Hochschulen fördern und auf geringere Studienabbrecherquoten hinwirken. Die Reform der Studienstrukturen nach dem Bologna-Prozess muss unvoreingenommen überprüft werden.

Nachrichten: Wie können Sie die Internationalisierung von Forschung und Lehre fördern?

Bündnis 90/Die Grünen: Internationalisierung bedeutet nicht, dass Deutschland auf Kosten der Entwicklungsländer einen Braingain erzielt. Vielmehr muss es bei der Internationalisierung der Wissenschaft um eine Braincirculation in allen Teilen der Welt gehen.

Wir halten es für notwendig, dass die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen besser werden und dass zusätzlich die Arbeitsvoraussetzungen für hochqualifizierte Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten erleichtert werden: Die Mindestverdienstgrenzen sind ebenso zu senken wie die Anforderungen an die Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen von Partnern.

Wir wollen Austauschprogramme ausbauen, die internationale Kooperation stärken und Mobilitätsbarrieren abbauen. Beispielsweise müssen Sozialversicherungsleistungen innerhalb der EU portabel sein.

Die Linke: Die soziale Förderung von Auslandsaufhalten und die Anerkennung von Leistungen im Ausland müssen verbessert und der Zeitdruck im Bachelorstudium gesenkt werden.

Ausländische Studierende und Wissenschaftler brauchen eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer ihres Studiums bzw. ihrer Beschäftigung.

FDP: Um den Wissenschafts- und Forschungsstandort Deutschland attraktiver zu machen, sind zunächst die deutschen Vergütungsstrukturen so anzupassen, dass sie den Anforderungen der gesteigerten Mobilität gerecht werden und dem internationalen Vergleich standhalten.

Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen internationale Kooperationen ausbauen.

Schließlich müssen wir Nachwuchswissenschaftler darin bestärken, sich im internationalen Raum zu qualifizieren, und wir müssen ihnen Anreize bieten, nach Deutschland zurückzukehren. Allerdings ist ebenso dafür Sorge zu tragen, dass internationale Wissenschaftler für unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen gewonnen werden und langfristig eine Bleibeperspektive in Deutschland erhalten.

SPD: Wir müssen das Einwanderungsrecht und die Verdienstmöglichkeiten so gestalten, dass die besten Köpfe zu uns kommen und bei uns ihre Arbeit leisten. Darüber hinaus wollen wir junge Wissenschaftler und Studierende darin fördern, einen Teil ihrer wissenschaftlichen Karriere im Ausland zu verbringen, sowie Stipendien- und Austauschprogramme ausbauen.

Studiengänge und Abschlüsse müssen international vergleichbar sein. Deshalb setzen wir auf eine Umstellung der Studiengänge auf Bachelor- und Master-Abschlüsse.

CDU: Unsere Internationalisierungsstrategie setzt auf die Gewinnung ausländischer Nachwuchs- und Spitzenwissenschaftler, den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit in den Fachprogrammen, die Verstärkung der Präsenz im Ausland über deutsche Wissenschaftshäuser und -referenten, den Dialog für eine internationale Forschungsagenda und auf Werbekampagnen für den Studien-, Wissenschafts- und Innovationsstandort Deutschland. Zudem werden wir den europäischen Forschungsraum gestalten, das europäische Forschungsrahmenprogramm und den EU-Forschungsrat nutzen.

Nachrichten: Welche Anreize planen Sie für private Stiftungen?

Bündnis 90/Die Grünen: Sobald sich die Einnahmesituation des Staat

es verbessert hat, wollen wir Stiftungen für Bildung und Forschung attraktiver machen.

Die Linke: Die Rahmenbedingungen für private Stiftungen in Deutschland sind bereits gut. Die Probleme privater Stiftungen im Zuge der Finanzkrise bergen große Risiken für die geförderten Bereiche, sind aber kaum durch politisches Handeln zu verhindern. Da zudem viele private Finanzierungsmodelle instabil sind, setzen wir auf die finanzielle Stärkung der öffentlichen Bildung und Forschung.

FDP: Erstrebenswert bleibt die vollständige Privatisierung des Stiftungsgeschäfts mit der Maßgabe, dass ein Eintrag in das Stiftungsregister ausreicht, um eine Stiftung einzurichten. Liegen die stiftungsrechtlichen Voraussetzungen vor, besteht ein Anspruch auf Eintragung. Darüber hinaus wird es darum gehen, zur weiteren Belebung der Stiftungslandschaft die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu vereinfachen und von bürokratischem Ballast zu befreien.

SPD: Das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ reformierte das Stiftungsrecht in Deutschland bereits ausreichend.

CDU: Um zivilgesellschaftliches Engagement und Mäzenatentum zu stärken, wollen wir bürokratische Hemmnisse abbauen.

Mehr Antworten

Den hier gedruckten Text haben die *Nachrichten aus der Chemie* gekürzt. Alle von den *Nachrichten*, dem *Physik-Journal* und dem Verband Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland an die Parteien gestellten Fragen und deren ausführlichen Antworten lassen sich von der GDCh-Webseite laden: www.gdch.de/taetigkeiten/nch/download/unvbei.htm